

# **Arbeitspapier/Dokumentation**

herausgegeben von der  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 7/2001  
Jutta Graf/Viola Neu

## **PolitikKompass**

**Kontroverse Beurteilung des „Aufbau Ost“**

- **Geschlossenheit der Parteien**
- **Die 68er in der öffentlichen Meinung**

Sankt Augustin, März 2001

Ansprechpartner: Dr. Stephan Eisel  
Leiter der Hauptabteilung  
„Innenpolitik und Soziale Marktwirtschaft“  
Telefon: 0 22 41/246-630  
E-Mail: [stephan.eisel@kas.de](mailto:stephan.eisel@kas.de)

Viola Neu/Jutta Graf  
Team „Politische Kommunikation, Parteien- und  
Meinungsforschung“  
Telefon: 0 22 41/246-249 / -259  
E-Mail: [viola.neu@kas.de](mailto:viola.neu@kas.de)  
[jutta.graf@kas.de](mailto:jutta.graf@kas.de)

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

## Das politische Klima<sup>1</sup>

Im Februar hat sich das Meinungsklima zugunsten der Regierungsparteien verbessert. Die SPD hat in allen Umfragen im Vergleich zum Vormonat einen leichten Zuwachs zu verzeichnen, die Union musste gegenüber dem Vormonat Einbußen hinnehmen. Bei den kleineren Parteien ist die Situation eher stabil, d. h. dass das Meinungsklima überwiegend durch die Wahrnehmung der beiden Volksparteien geprägt ist.

Entwicklung der Wähleranteile im Februar - Bundesgebiet insgesamt -				
	Infratest dimap	Forschungsgruppe Wahlen	Institut für Demo- skopie Allensbach	Emnid
CDU/CSU	35 (-2)	36 (-2)	32,8 (-0,3)	37 (-2)
SPD	38 (+/-0)	43 (+2)	38,7 (-0,4)	40 (+2)
Bündnis 90/Die Grünen	8 (+1)	5 (-1)	8,0 (+0,7)	7 (+1)
FDP	9 (+/-0)	7 (+1)	9,6 (-0,1)	7 (+/-0)
PDS	5 (+/-0)	5 (+/-0)	6,1 (-0,2)	5 (+/-0)
REP (bzw. Rechte)			2,3 (+1,2)	2 (-1)
Sonstige	5 (+1)	4 (+/-0)	2,5 (-0,9)	2 (+/-0)

Angaben in % der Wähler; Angaben in Klammern: vgl. Vormonat  
Infratest dimap (25. - 30. Januar 2001)  
Forschungsgruppe Wahlen (12. - 15. Februar 2001)  
Institut für Demoskopie Allensbach (26. Januar - 7. Februar 2001)  
Emnid (n-tv vom 27. Januar 2001)

Dementsprechend fallen auch die Beurteilungen der Leistungen der Regierung und der Opposition aus. Während die SPD im Vergleich zum Vormonat geringfügig besser beurteilt wird (Februar: 0,6; Januar: 0,5; auf einer von +5 bis -5 reichenden Skala), wird die Arbeit der CDU/CSU-Opposition deutlich schlechter beurteilt (Februar: -0,4; Januar: 0,0) (Forschungsgruppe Wahlen). Positiv wirkt sich für die Regierung sicher aus, dass der BSE-Skandal an Bedeutung verliert. Zwar ist BSE noch das wichtigste Thema im Februar, allerdings mit deutlich fallender Tendenz. Im Januar nannten noch 59 % der Deutschen BSE als wichtigstes Thema, im Februar sagten dies nur noch 46 %. Somit ist bei einem konkreten Thema Druck von der Entscheidungskompetenz der Bundesregierung genommen worden.

Ob die Regierung ihre positive Bewertung halten kann, hängt auch davon ab, wie sich die wirtschaftliche Stimmung weiter entwickeln wird. Von Januar bis Februar ist die Stimmung deutlich unfreundlicher geworden. Während im Januar noch 59 % die wirtschaftliche Lage e-

<sup>1</sup> Dieser Auswertung liegen folgende Umfragen zugrunde: Infratest dimap, Deutschland Trend Februar 2001; Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Februar 2001; Emnid, n-tv vom 3. Februar 2001; Institut für Demoskopie Allensbach, „Öffentliche Aufregung als Risiko und Chance“, Renate Köcher, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. Februar 2001.

her positiv einschätzten, sank dieser Anteil im Februar auf 52 % (Infratest dimap). Dies entspricht etwa dem durchschnittlichen Wert von 2000. Falls die wirtschaftliche Stimmung unfreundlicher würde, könnte sich dies auf die Bewertung der Regierung negativ auswirken.

Die insgesamt positive Bewertung der SDP schlägt sich auch in der Parteienkompetenz nieder. Bis auf die beiden klassischen Kompetenzfelder Wirtschaftspolitik und Innere Sicherheit, liegt die Union in allen Politikfeldern hinter der SPD. In den Bereichen Altersversorgung und Zukunftskompetenz befinden sich die beiden Volksparteien (bei leichten Vorteilen für die SPD) etwa gleichauf. Insbesondere die Zukunftskompetenz ist für die Wählermobilisierung bedeutsam, da sich hierin das Vertrauen in die generelle Lösungskompetenz der Parteien ausdrückt. Wie schon in den letzten Ausgaben des PolitikKompass berichtet, besteht bei der Rentenfrage nach wie vor Kritik an der Regierung. Daher ist der Vorsprung der SPD vor der Union hier auch nur sehr gering. Interessant ist, dass es den Grünen gelungen ist, im Bereich der Verbraucherpolitik von dem positiven Image von Renate Künast zu profitieren. Die Grünen genießen hier ein überproportional großes Vertrauen.

### Parteikompetenz

Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgabe zu lösen?

	SPD	CDU/CSU
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	<b>42</b> (-4)	30 (+3)
Kriminalität und Verbrechen bekämpfen	29 (+4)	<b>37</b> (-6)
Wirtschaftsstandort Deutschland sichern	33 (-2)	<b>40</b> (+1)
Die Altersversorgung langfristig sichern	<b>33</b> (+/-0)	30 (+/-0)
Gute Steuerpolitik betreiben	<b>38</b> (+3)	28 (-3)
Eine verlässliche Außenpolitik betreiben	<b>35</b> (-2)	30 (-3)
Eine gute Gesundheitspolitik betreiben*	<b>31</b> (-5)	24 (-1)
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	<b>46</b> (+1)	18 (-4)
Den Verbraucherschutz vorantreiben	<b>29</b>	15
Die Zukunftsprobleme Deutschlands lösen	<b>31</b> (+/-0)	28 (-1)

Kompetenteste Partei **fett** gedruckt

Angaben in Klammern: Vgl. zum November '00

Angaben in %,

\* vgl. zum Februar '00

Infratest dimap (Februar 2001)

### Geschlossenheit der Parteien

Welche Bedeutung die Frage der Geschlossenheit von Parteien hat, und „wie geschlossen“ Parteien sein müssen, um Wähler anzusprechen, ist nicht leicht zu beantworten. So hätte es bspw. für die Grünen eine katastrophale Wirkung, würden sie als einheitlich geschlossene Partei wahrgenommen, da die Vielfalt der Strömungen sich in der Parteirealität wiederfinden will. Aber auch bei anderen Parteien wollen die heterogenen Strömungen repräsentiert sein.

Wenn Parteien monolithisch wahrgenommen werden, können sie nur eine eng definierte Wählerschaft ansprechen. Zudem wird den Parteien zugestanden, innerparteiliche Meinungsverschiedenheiten zu haben und auch um unterschiedliche Standpunkte zu kämpfen. Daher kann die Forschung nicht entscheiden, „wieviel“ Geschlossenheit für Parteien die richtige Größe ist. Sieht man die Frage der Geschlossenheit eher unter dem Aspekt der Führungsstärke und Politikfähigkeit, ist die Wahrnehmung von Geschlossenheit eher positiv zu bewerten.

Eine aktuelle Umfrage über die Geschlossenheit der Parteien ergibt ein unterschiedliches Bild. Die CSU wird von 63 % als einig bewertet, die SPD von 52 %, die FDP von 38 %, die CDU von 27 % und die Grünen von 21 %. Inwieweit sich dadurch die Aussichten auf Wählermobilisierung verbessern wird bleibt offen. Im Falle der SPD sind z. B. nur 37 % der Ansicht, dass die SPD hinter Schröder stünde und nur 52 % empfinden die Partei als einig. Dennoch hat sich die Stimmung für die SPD im Februar deutlich zugunsten der SPD verbessert (Forschungsgruppe Wahlen). Daher sollte der Einzelaspekt der „Geschlossenheit“ nicht überbewertet werden.

---

#### Geschlossenheit der Parteien

---

Die ... ist in wichtigen Fragen eher...

	<u>einig</u>	<u>zerstritten</u>
SPD	52	38
CDU	27	63
CSU	63	21
Grünen	21	68
FDP	38	41

---

Angaben in %,  
Forschungsgruppe Wahlen (Februar 2001)

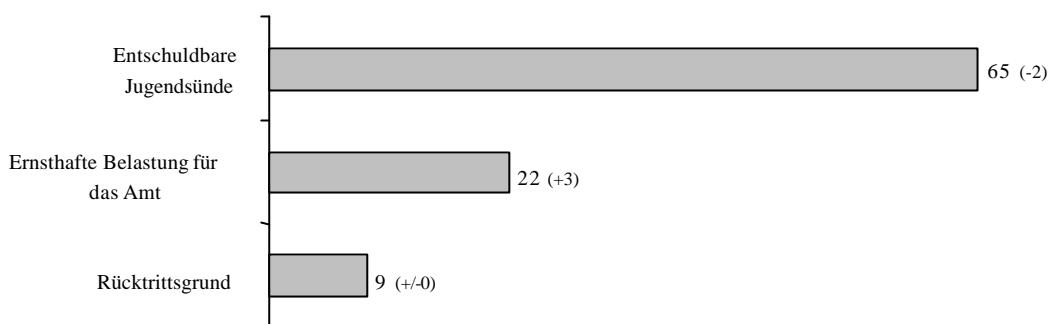
---

### Die 68er in der öffentlichen Meinung

Wie schon im Vormonat, hat die Diskussion um die früheren politischen Aktivitäten von Außenminister Joschka Fischer keinen Einfluss auf seine Popularität. Im Vergleich zum Januar ist der Anteil derjenigen, die mit Joschka Fischer zufrieden sind angestiegen (+4 Punkte). 73 % der Deutschen äußerten sich im Februar positiv über ihn. Auch in der Anhängerschaft der Oppositionsparteien genießt Fischer großes Ansehen. 56 % der Unions- und 75 % der FDP-Anhänger sind mit Fischer zufrieden. Daraus erklärt sich, dass nur eine Minderheit der Deutschen (9 %) in der militärischen Vergangenheit Fischers eine Rücktrittsgrund sehen. Auch in den Reihen der Union sehen nur 18 % und unter den Anhängern der FDP nur 15 % einen Rücktrittsgrund (Infratest dimap).

### Joschka Fischers Vergangenheit

Seit einiger Zeit wird über die militante Vergangenheit des grünen Außenministers Joschka Fischer diskutiert. Wie ist Ihre Meinung hierzu: Handelt es sich hierbei um eine entschuldbare Jugendsünde? Ist dies eine ernsthafte Belastung für das Amt des Bundesaußenministers oder sogar ein Rücktrittsgrund?



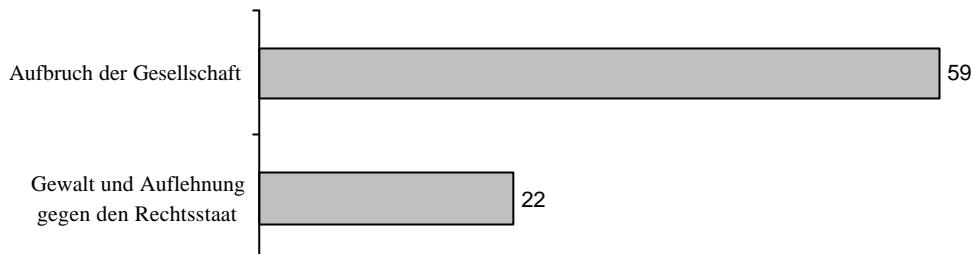
weiß nicht/keine Angabe: 4 (-1)  
 Angaben in %, Infratest dimap (Februar 2001)

Angaben in Klammern: Vgl. zum Vormonat

Doch die Debatte ist nicht auf die Bewertung der Vergangenheit von Joschka Fischer begrenzt. Auch das Verhalten von anderen Politikern (wie Jürgen Trittin oder Christian Ströbele) steht auf dem Prüfstand. Unabhängig von den Fragen, die sich an die heute noch politisch aktiven Akteure der 68er-Bewegung richten, wird die Frage gestellt, welche Bedeutung die 68er-Bewegung für die Bundesrepublik hat. Hier stehen sich idealtypisch zwei Sichtweisen gegenüber: Für die einen steht 68er-Bewegung für Gewalt und Auflehnung gegen den Rechtsstaat, die anderen verbinden damit einen Aufbruch der Gesellschaft für mehr Demokratie und Offenheit. Die Mehrheit der Bevölkerung (59 %) sieht in der 68er-Bewegung einen Aufbruch der Gesellschaft, für 22 % steht die Gewalt im Vordergrund. Je jünger die Wähler sind, desto geringer ist die Assoziation von Gewalt. Bei den 18-24jährigen sind nur 13 % der Ansicht, dass es sich um Gewalt und Auflehnung gegen den Rechtsstaat gehandelt habe, bei den mittleren Altersgruppen beträgt der Anteil 18 bzw. 21 %. Bei den über 60jährigen Wählern beträgt der Anteil, die den Gewaltaspekt im Vordergrund sehen 28 % und ist somit leicht überrepräsentiert. Unterschiede zeichnen sich auch in den Anhängerschaften der Parteien ab. Die Anhänger der Union und der Grünen sind in dieser Frage die Antipoden. Während bei den Grünen-Anhängern im Prinzip keiner den Gewaltaspekt sieht, sind es innerhalb der Anhängerschaft der Union 36 % (Infratest dimap).

### 68er-Bewegung

Wofür steht für Sie die 68er-Bewegung? Steht sie für Gewalt und Auflehnung gegen den Rechtsstaat oder für einen Aufbruch der Gesellschaft zu mehr Demokratie und Offenheit?



weiß nicht/keine Angabe: 14; beides:4; anderes:1  
Angaben in %, Infratest dimap (Februar 2001)

### Kontroverse Beurteilung des Aufbau Ost

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hat, indem er Kritik am „Aufbau Ost“ äußerte, eine Debatte um die Bewertung des Aufbau Ost ausgelöst. In den Augen der Bürger hat sich im Zeitverlauf jedoch vieles zum Besseren gewendet. So wird die wirtschaftliche Lage in den neuen Ländern 2001 wesentlich positiver eingeschätzt als 1989. Während 1989 noch 82 % der Ostdeutschen der Meinung waren, dass die wirtschaftliche Lage in den neuen Ländern schlecht gewesen sei, beträgt der Anteil 2001 nur noch 37 Prozent. Positiver wird auch die persönliche Situation nach der Wiedervereinigung eingeschätzt. 1990 sahen nur 35 % der Ostdeutschen eine Verbesserung ihrer persönlichen Situation, während 2001 44 % Prozent eine Verbesserung sehen.

Auch das Gefühl „Bürger zweiter Klasse“ zu sein, geht im Osten zurück, wenn auch nicht kontinuierlich. 1990 empfanden sich fast alle Ostdeutschen (92 %) als Bürger zweiter Klasse. 1995 teilten nur noch 69 % dieses Gefühl, 2001 betrug der Anteil 74 % und 1996 82 %. Welche Ursachen diese schwankende Gefühlslage hat, kann hier – ohne darüber hinausgehende Daten – nicht geklärt werden.

Im Osten ist die Kritik an der Bundesregierung stark verbreitet. 78 % der Ostdeutschen sind der Ansicht, dass die Bundesregierung für den Aufbau Ost nicht genug unternehme. Diese Einschätzung wird von den Westdeutschen nicht geteilt. Hier sagen 62 %, dass die Leistungen der Bundesregierung für den Osten gerade richtig seien (Emnid, n-tv vom 3. Februar 2001).

Ist die wirtschaftliche Lage in den neuen Bundesländern eher gut oder eher schlecht? (Ost)

	<u>1989</u>	<u>2001</u>
Gut	1	9
Teils-teils	17	53
Schlecht	82	37

Persönliche Situation nach der Wiedervereinigung (Jahre/Ost)

	<u>1990</u>	<u>2001</u>
Verschlechtert	20	13
Beinahe unverändert	52	41
Verbessert	35	44

Fühlen Sie sich als Bürger zweiter Klasse? (Jahre/Ost)

	<u>1990</u>	<u>1995</u>	<u>1996</u>	<u>2001</u>
Bürger 2. Klasse	92	69	82	74

Leistet die Bundesregierung genug für den Aufbau Ost (West/Ost)

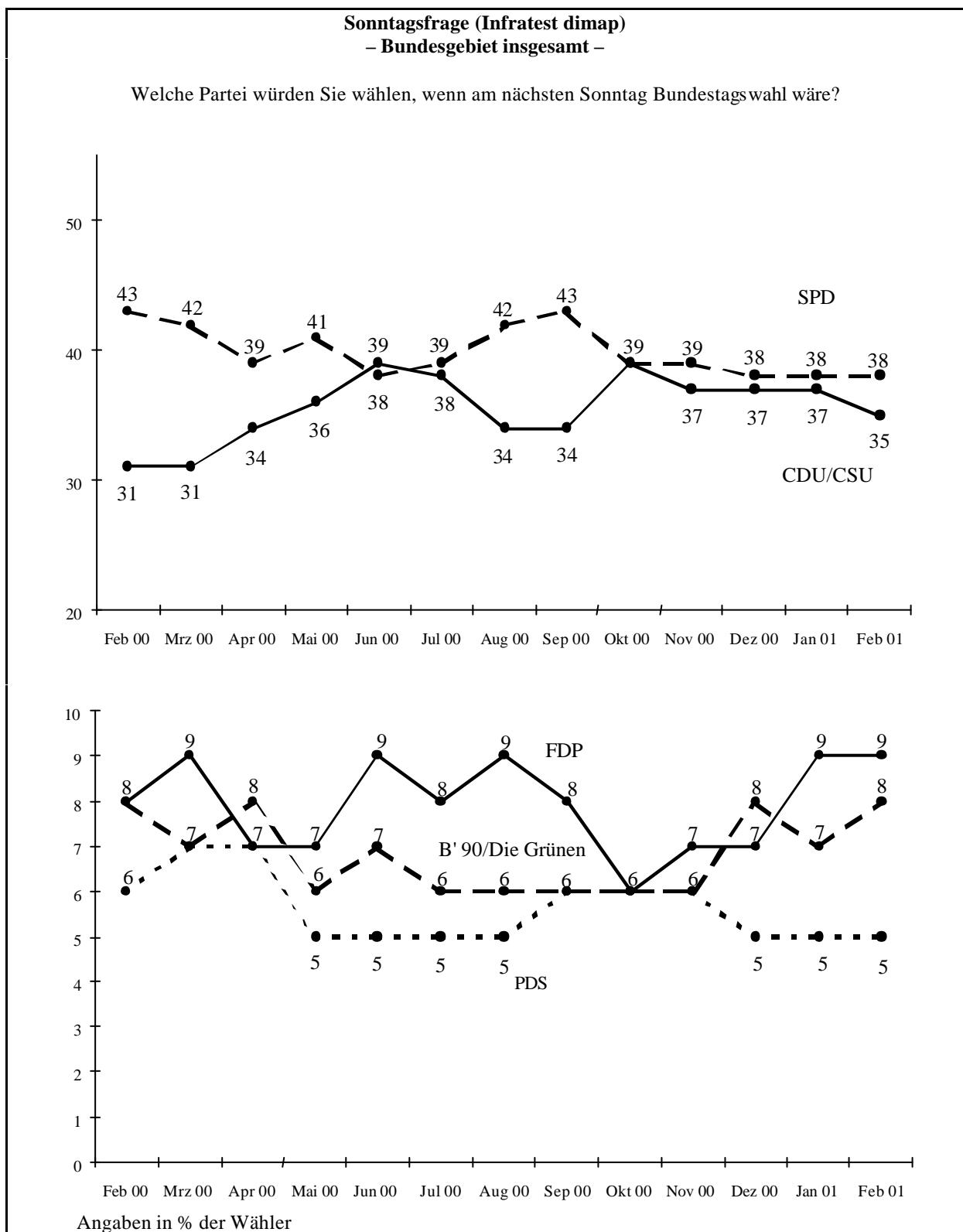
	<u>West</u>	<u>Ost</u>
Zu viel	24	0
Zu wenig	13	78
Gerade richtig	62	21

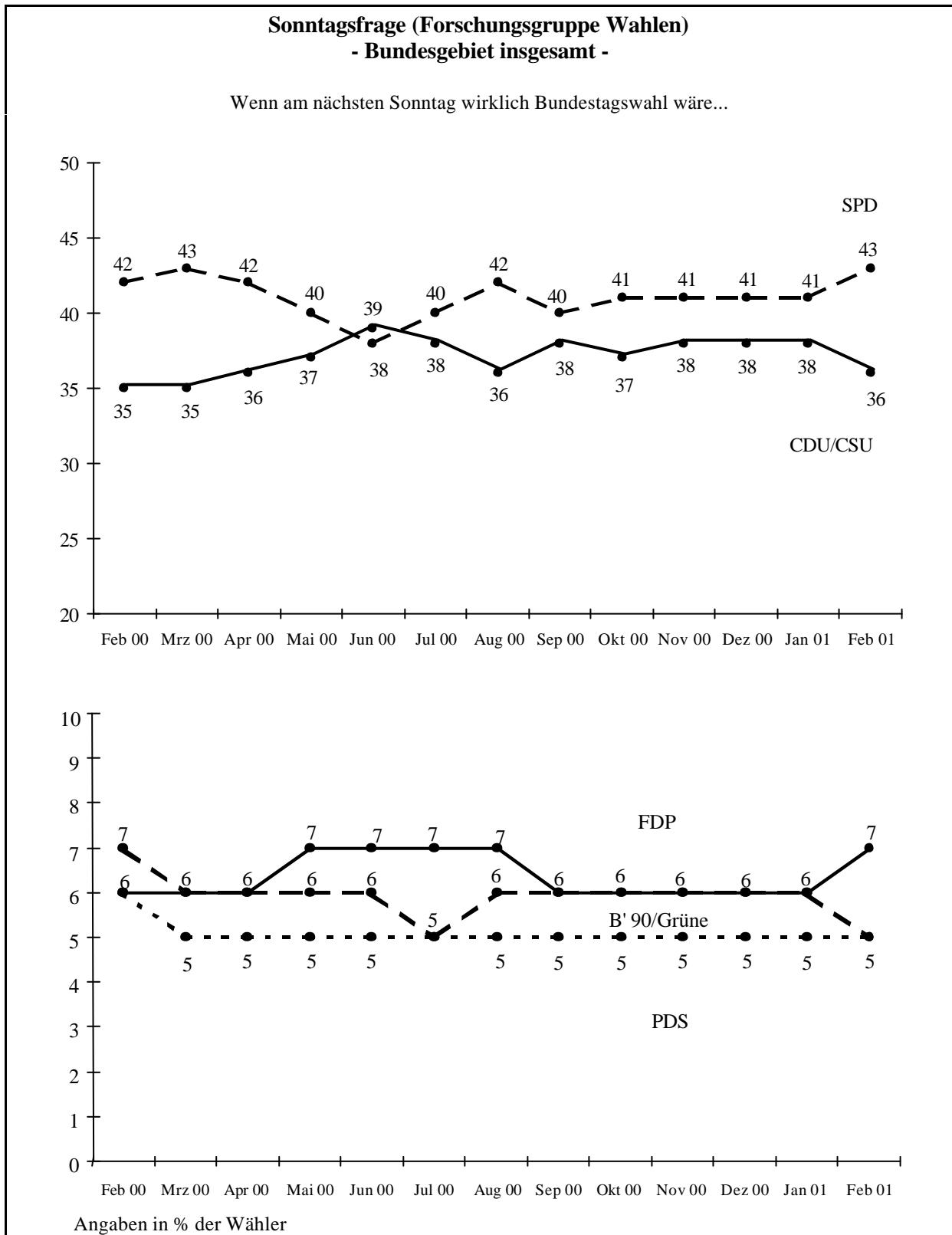
Angaben in %,

Emnid (n-tv vom 3. Februar 2001)

Anhang:

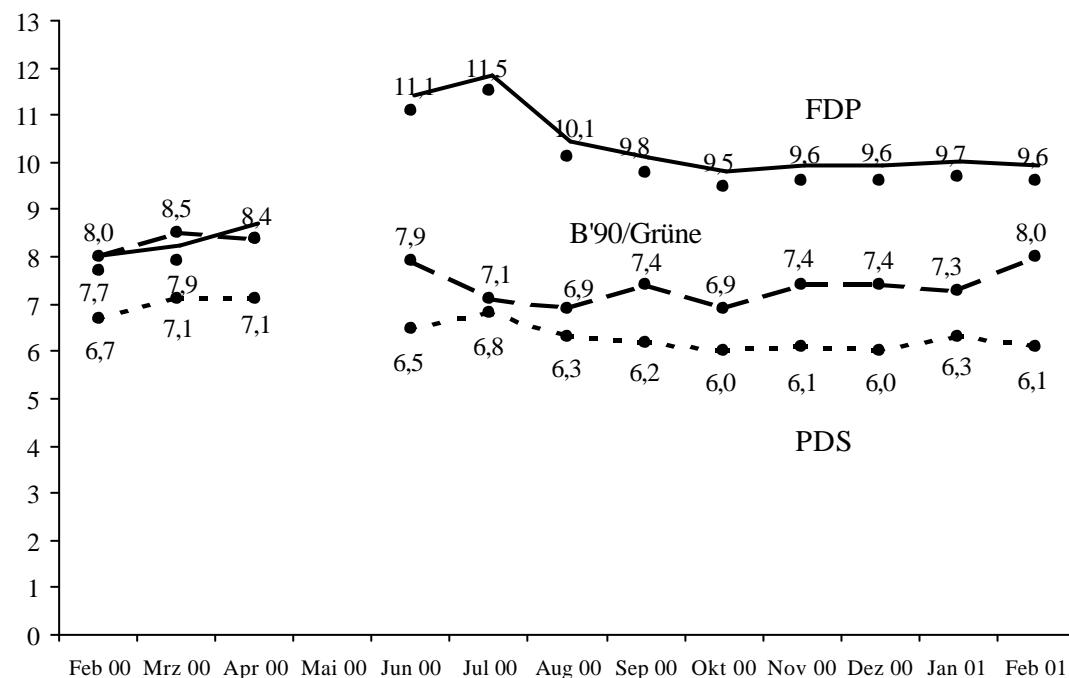
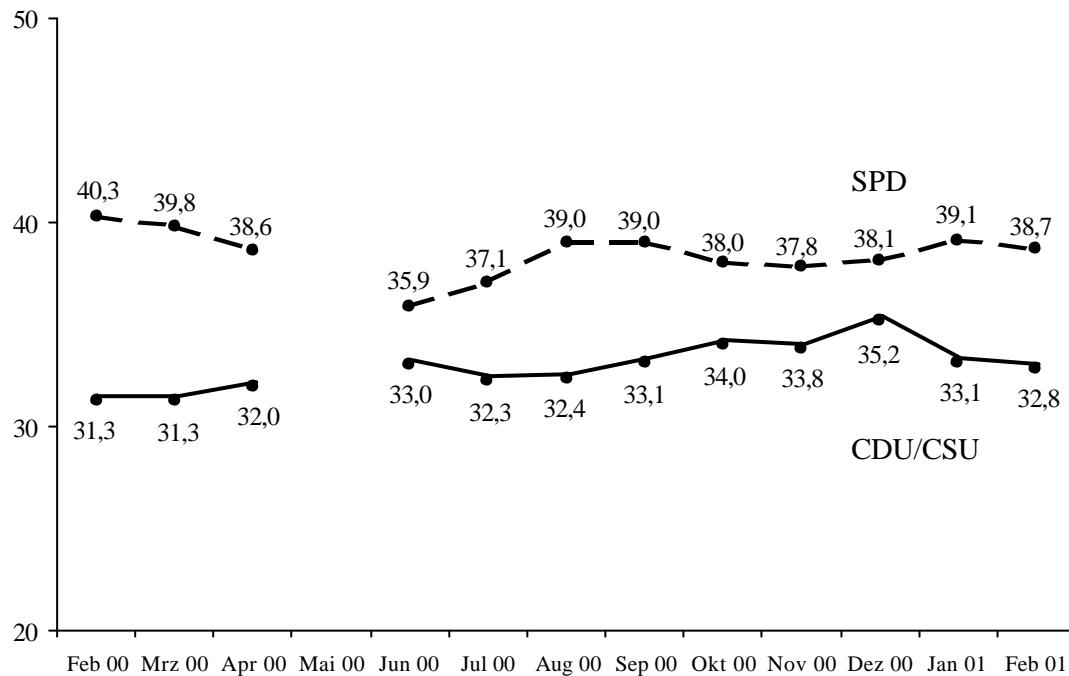
### Zusammenschau langfristiger Trends



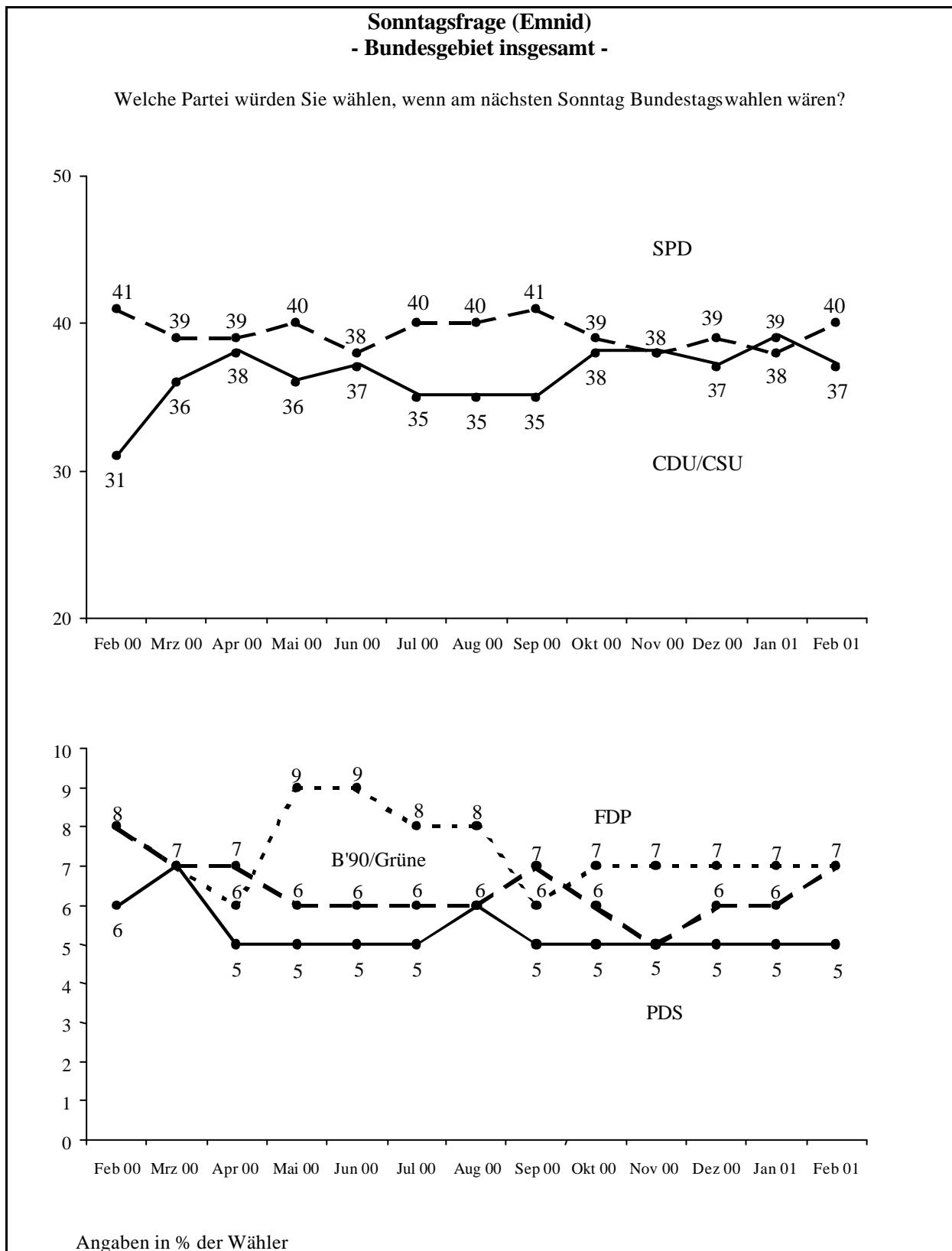


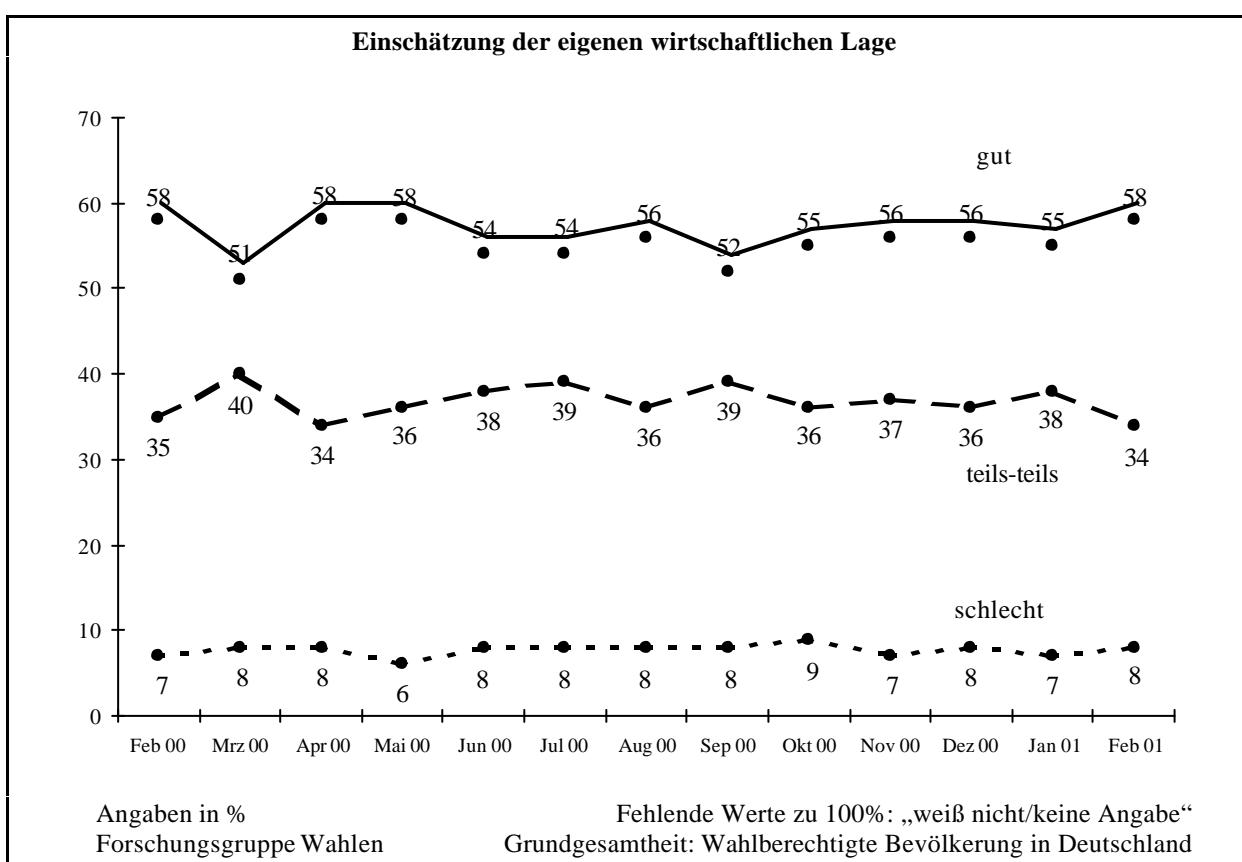
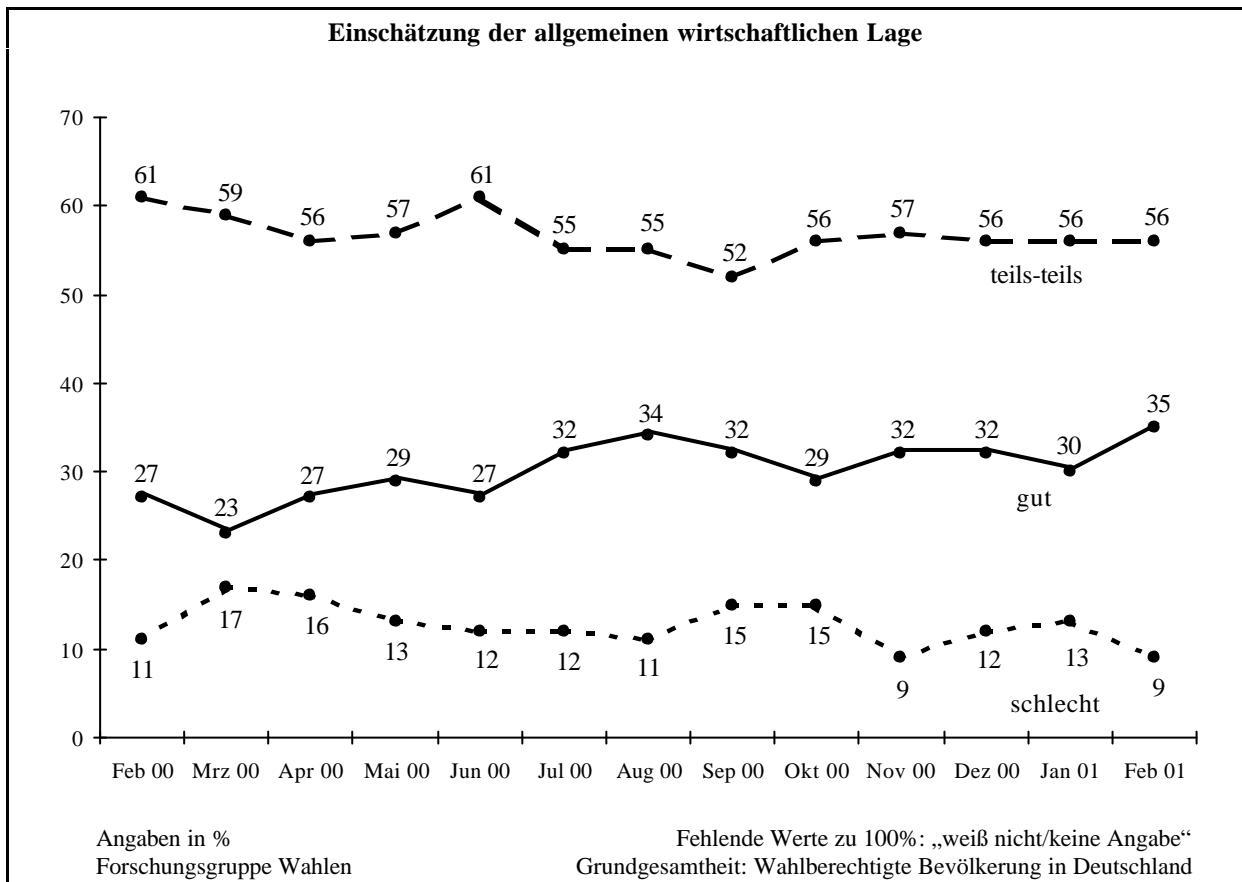
**Sonntagsfrage (Institut für Demoskopie Allensbach)**  
**- Bundesgebiet insgesamt -**

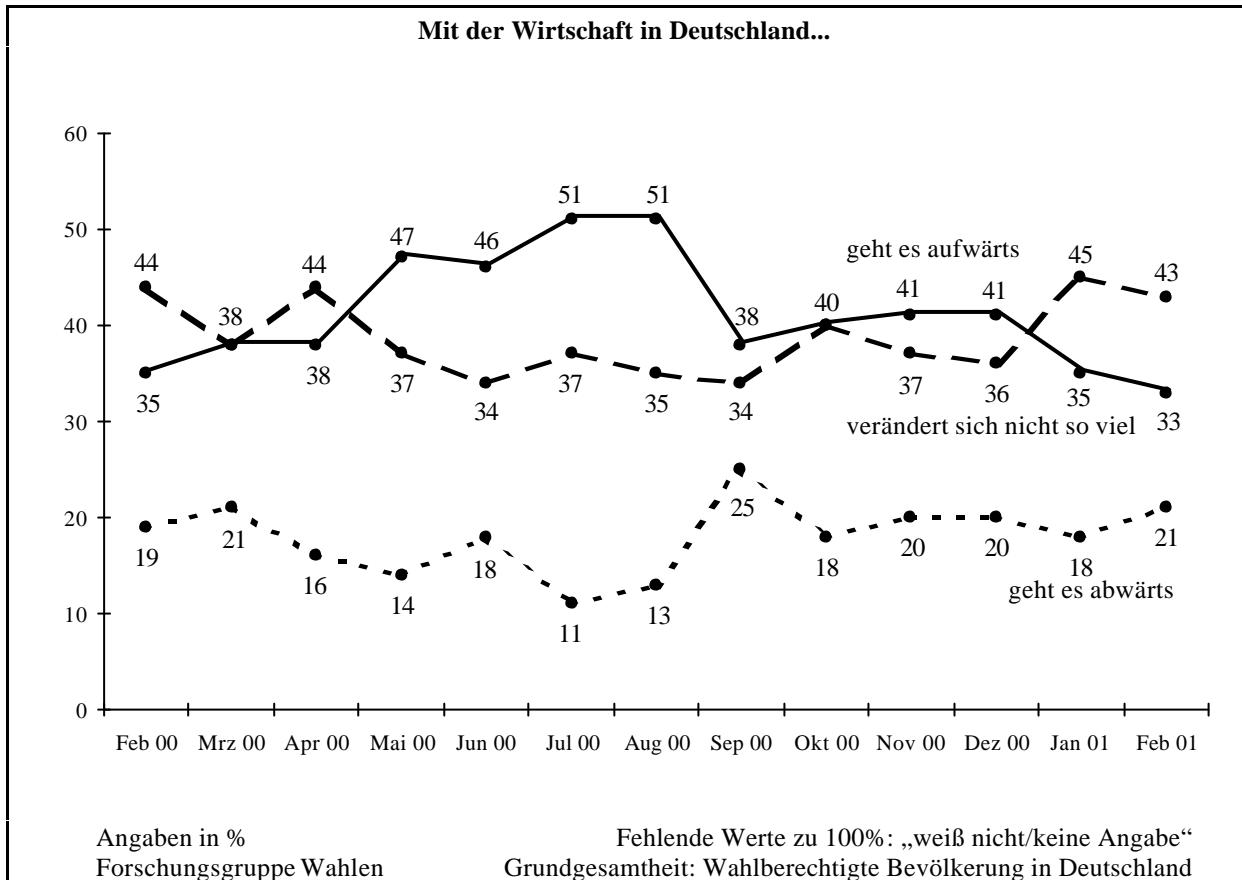
Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen?



Angaben in % der Wähler







**Wichtigkeit politischer Probleme  
(- spontane, offene Nennung -)**

In welchen politischen Bereichen gibt es Ihrer Meinung nach zur Zeit die meisten politischen Probleme?

	Feb 00	Mrz 00	Apr 00	Mai 00	Jun 00	Jul 00	Aug 00	Sep 00	Okt 00	Nov 00	Dez 00	Jan 01	Feb 01
Rinderwahnsinn/BSE											13	59	46
Arbeitslosigkeit	54	66	67	67	58	55	52	38	46	44	46	37	40
Rechtsradikale					2	5	35	13	23	24	22	12	11
Renten/Alter	6	6	9	7	17	21	14	12	11	19	14	12	13
Steuern/Benzinpreise/Energie	5	6	6	7	18	16	11	48	22	12	12	5	5
Asyl/Ausländer	7	9	12	13	13	11	10	8	14	15	13	7	5
Politiker-Affären/Spenden	51	28	21	10	6	11	7	6	6	7	6	8	11
Umweltschutz	5	5	6	8	10	4	6	4	5	5	4	4	5
Kriminalität	4	6	5	6	6	5	4	4	4	5	5	4	3
EU/EURO			1	4	4		2	5	6	5	6		
Gesundheitswesen											3	4	
Familie/Kinder/Jugend											3	3	

Angaben in %; Mehrfachnennungen möglich; Forschungsgruppe Wahlen

<b>Parteikompetenzen im Längsschnitt</b>				
	5/2000	8/2000	11/2000	2/2001
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen				
CDU/CSU	26	23	27	30
SPD	45	51	46	42
Diff.	-19	-28	-19	-12
Wirtschaftsstandort Deutschland sichern				
CDU/CSU	41	35	39	40
SPD	36	42	35	33
Diff.	+5	-7	+4	+7
Gute Steuerpolitik betreiben				
CDU/CSU	28	25	31	28
SPD	42	45	35	38
Diff.	-14	-20	-4	-10
Gute Umweltpolitik betreiben				
CDU/CSU		14	17	
SPD		22	22	
Diff.		-8	-5	
Für soziale Gerechtigkeit sorgen				
CDU/CSU	20	19	22	18
SPD	47	48	45	46
Diff.	-27	-29	-23	-28
Kriminalität und Verbrechen bekämpfen				
CDU/CSU	39	41	43	37
SPD	27	28	25	29
Diff.	+12	+13	+18	+8
Altersversorgung langfristig sichern				
CDU/CSU		29	30	30
SPD		37	33	33
Diff.		-8	-3	-3
Gute Ausländer- und Asylpolitik betreiben				
CDU/CSU	28	25	27	
SPD	34	37	35	
Diff.	-6	-12	-8	
Gute verlässliche Außenpolitik betreiben				
CDU/CSU	35	29	33	30
SPD	36	39	37	35
Diff.	-1	-10	-4	-3
Zukunftsprobleme Deutschlands lösen				
CDU/CSU	28	25	29	28
SPD	34	38	31	31
Diff.	-6	-13	-2	-3
Gute Gesundheitspolitik betreiben*				
CDU/CSU	25		24	
SPD	36		31	
Diff.	-11		-7	
Verbraucherschutz vorantreiben				
CDU/CSU			15	
SPD			29	
Diff.			-14	

\* (Gesundheitspolitik: 2/2000)

Angaben in %; Infratest dimap

